

**Antrag der Ratsgruppe  
DIE LINKE  
im Rat der Stadt Krefeld**

**-öffentlich-**



DIE LINKE Ratsgruppe Krefeld  
Von-der-Leyen-Platz 1  
47798 Krefeld  
Tel. 02151-862012  
[dielinke-fraktion@krefeld.de](mailto:dielinke-fraktion@krefeld.de)

**Vorlagennummer**

**5128/23 A**

Krefeld, 14.08.2023

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Beschlussform</b>
Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration	30.08.2023	vorberatend

**Erhalt der bewährten Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen in Krefeld – Einbringung eines Antrags der LINKEN. Ratsgruppe Krefeld**

**Beschlussentwurf**

Sehr geehrte Frau Klaer,

ich bitte Sie, folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

Der Ausschuss für Soziales, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Inklusion, Senioren und Integration beschließt:

1. Der Ausschuss spricht sich für die Erhaltung aller Schuldner- und Insolvenzberatungen in Krefeld und explizit für den Weiterbestand der Schuldner- und Insolvenzberatungen des SkF und SKM aus.
2. Der Ausschuss fordert den zuständigen Fachbereichsleiter und den Kämmerer der Stadt auf, im Haushaltsplanentwurf für 2024 die jährlichen Zuschüsse für die Schuldnerberatungsstellen des SkF- und SKM-Krefeld in Höhe von jeweils mindestens 44.700,- € plus Anpassung an die Inflationsentwicklung für die Jahre 2024 ff wieder zu berücksichtigen.
3. Der Ausschuss fordert die Parteien im Rat der Stadt Krefeld auf, sich spätestens zu Beginn der Haushaltsberatungen für 2024 für die Weiterbewilligung dieser Mittel für SkF und SKM zu erklären.

4. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, mit dem SkF und SKM im September 2023 Absprachen zu treffen, um die Weiterexistenz deren Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen organisatorisch zu garantieren.

### **Begründung**

Im Juni dieses Jahres informierte die Caritas Krefeld die Fraktionen und Gruppen des Rates darüber, dass nach den Plänen der in den letzten Jahren haushaltstragenden Fraktionen sowohl der SkF, als auch der SKM ab 2024 keine Zuschüsse mehr aus dem städtischen Haushalt für ihre Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen mehr erhalten sollen.

Ohne diese relativ geringen kommunalen Zuschüsse müssen die Beratungsstellen des SkF und SKM geschlossen werden. Denn ohne diese können die Träger auch keine Landeszuschüsse mehr erhalten, die Eigenmittel reichen dafür nicht aus.

SkF und SKM leisten seit Jahrzehnten sehr gute Arbeit nicht nur in der Schuldner – und Insolvenzberatung. Durch ihre vielfältigen Beratungs- und Hilfsangebote sind sie bei vielen hilfsbedürftigen Krefelder\*innen bekannt oder bereits mit diesen in Kontakt gekommen. Daher ist der Zugang zu ihren Schuldner- und Insolvenzberatungen niedrigschwellig.

Beide Verbände berieten in 2022 jeweils deutlich über 500 Menschen und stellen in diesem Jahr eine Steigerung des Bedarfes fest. Es wäre für Krefeld ein großer Verlust, wenn diese Beratungsangebote verloren gingen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stephan Hagemes  
Sachkundiger Bürger